

# Kreis schließt sich der Gemeinde an

**B 212NEU** Mögliche Klage wird finanziell unterstützt – Keine Chance für die Entwicklungsachse

Die Aussagen waren eindeutig. Auch MdB Holger Oertel will keine Lösung gegen Ganderkesee.

vergiffet hat, dünfte keine Chance auf Realisierung haben. Man könne der Aufnahme einer solchen Trasse in den Bundesverkehrswegeplan nur dann zustimmen, wenn beide Kommunen darmit einverstanden sind, erklärte der Bundestagsabgeordnete Holger Oertel (SPD) am Freitagabend auf der Jahreshauptversammlung des Orts- und Verkehrsvereins Schönenmoor. Es sei ein Fehler des Delmenhorster Stadtrates gewesen, die Entwicklungsachse zu beschließen, ohne mit den Nachbarn darüber zu sprechen.

VON WOLFGANG LOEST

**SCHÖNEMOOR** – Die „Entwicklungsachse“, die im Zusammenhang mit dem Bau des letzten Abschnitts der B 212neu seit Jahren immer wieder durch die Diskussionen geistert und zeitweise das Verhältnis zwischen Delmenhorst und Ganderkesee

führung der B 212neu akzeptiert oder nicht, versicherte der Landrat. „Wir werden uns als Kreis der Meinung der Gemeinde anschließen.“ Sollte Ganderkesee den Klageweg beschreiten, „wird der Kreis einen Teil der Kosten übernehmen“. Allerdings, so Eger, sollten sich alle Beteiligten klar darüber sein, ob sie die neue Bundesstraße grundsätzlich für notwendig halten. „Wenn wir die B 212neu abschließen, ist für die nächsten 25 Jahre Schluss“, prognostizierte der Landrat.

Es bleibe der Gemeinde Ganderkesee überlassen, ob

sie die vorgesehene Trassen-

Otto Sackmann, steht die Antwort seit langem fest: „Die neue B 212 ist nicht erforderlich“, warb der Kommunalpolitiker auf der Jahreshauptversammlung für seine Position. Auf der Basis der amtlichen Zahlen gehe es lediglich um 6000 Fahrzeuge, die möglichst auf direktem Weg zur A 1 geschleust werden müssen. „Dafür ist ein Neubau mit Kosten von 55 Millionen Euro nicht erforderlich.“ Sackmann plädierte erneut für eine Umgehungsstraße in Bookholzberg, um den Ort von Durchgangsverkehr zu entlasten.

Für den Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler/UWG